

LITERATUR

Zivilgesellschaftliche Partizipation in der EU(-Forschung): Eine ernüchternde Bilanz

*Sandra Kröger und Dawid Friedrich**

Paradigmen entwickeln sich wellenartig, sie kommen und gehen, weder abrupt noch unvorhersehbar. Ende der 1990er Jahre haben sich gesellschaftliche und institutionelle Entwicklungen in der Europäischen Union zu einem neuen Paradigma verdichtet, dem der partizipativen Demokratie. Seit den kontroversen Diskussionen um die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht (1992) begann der zuvor allseits angenommene ‚permissive Konsens‘ zur beständigen weiteren Integration der Europäischen Union zu bröckeln während gleichzeitig die Zweifel an der Demokratietauglich- und Demokratiefähigkeit der Europäischen Union immer lauter wurden. In etwa zur gleichen Zeit setzten sich auf verschiedenen Kontinenten zivilgesellschaftliche Bewegungen oder Organisationen erfolgreich für gesellschaftliche Emanzipation ein, während die Weltbank und die OECD¹ ‚good governance‘ zum Prinzip rechten Regierens erhoben. In diesem breiteren Umfeld eines Zugewinns politischer Freiheit einerseits und der Entstaatlichung sowie Enthierarchisierung politischen Handelns andererseits spitzte sich die Legitimitätskrise der Europäischen Union 1999 dank publik gewordener Misswirtschaft der Europäischen Kommission zu. Letztere sah sich ob des öffentlichen Drucks genötigt, komplett zurückzutreten. Romano Prodi, neuer Kommissionspräsident und beeinflusst durch den Eindruck kontinuierlicher Vetternwirtschaft der italienischen politischen Klasse, setzte zum großen Wurf an und verschrieb der

Beate Kohler-Koch/Christine Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie. Zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance, Campus Verlag: Frankfurt/Main/New York 2011, ISBN 978-3-593-39293-6; 323 Seiten, 34,90 €.

Ulrike Liebert/Hans-Jörg Trenc (Hrsg.): The New Politics of European Civil Society, Routledge: London/New York 2011, ISBN 978-0-415-57845-5; 256 Seiten, 108,99 €.

Europäischen Union kurzerhand neue Praktiken des Regierens, bündig dargelegt im Weißbuch „Europäisches Regieren“.² Zentraler Baustein des neuen Regierens sollte die Zivilgesellschaft sein oder vielmehr zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGOs). Durch ihre tägliche Arbeit besaßen sie unschätzbare Expertise und ihre Einbindung in den ‚policy‘-Prozess versprach zudem eine bessere Implementation europäischer Politiken. Vor allem aber, so der offizielle Diskurs, seien sie den Bürger/innen näher und könnten somit als Brücke zwischen dem fernen Brüssel und der Lebenswirklichkeit der Unionsbürger/innen dienen, wodurch dem in aller Munde liegenden Demokratiedefizit Abhilfe geschaffen werden könne. Die interessierte Forschung stand der Idee aufgeschlossen gegenüber, mehr, sie hatte den Aufstieg des partizipativen Paradigmas teilweise aktiv betrieben, insbesondere die originär englischsprachige Demokratieforschung, und so fielen viele der veröffentlichten Studien vergleichsweise wohlwollend aus.

* Dr. Sandra Kröger, Marie Curie Fellow, Politics Department, University of Exeter.
Prof. Dr. Dawid Friedrich, Juniorprofessur für Internationale Beziehungen, Leuphana Universität Lüneburg.

1 Organisation for Economic Co-operation and Development.

2 Europäische Kommission: Europäisches Regieren. Ein Weissbuch, KOM (2001) 428.

Beide hier vorgestellten Bände versammeln zentrale Autoren (vorwiegend deutscher beziehungsweise europäischer Herkunft) dieses Paradigmas und bündeln in konzentrierter Form wesentliche konzeptionelle und empirische Ergebnisse der Forschung aus mehreren, oft europäischen Forschungsverbänden während der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts. Der Band von *Beate Kohler-Koch* und *Christine Quittkat*³ zielt darauf ab, dem Paradigma der partizipativen Demokratie qua Zivilgesellschaft auf seine normative Tragkraft empirisch nachzugehen. Der Sammelband von *Ulrike Liebert* und *Hans-Jörg Trencz*⁴ setzt sich hingegen zum Ziel, die lebhaftere Forschung innerhalb des Paradigmas zu konsolidieren und somit weiterer Forschung eine neue Basis zu geben. Angesichts dieser unterschiedlichen Zielsetzungen der beiden Bände werden diese im Folgenden getrennt besprochen.

Beate Kohler-Koch und *Christine Quittkat* wird man nicht unterstellen können, dass ihr originäres Ziel die „Entzauberung partizipativer Demokratie“ gewesen sei. Umso gewichtiger sind die Resultate ihres mehrjährigen Forschungsverbundes, dem auch *Christina Altiades*, *Vanessa Buth* und *Thorsten Hüller* angehört haben, und die nun gebündelt in deutscher Sprache vorliegen. *Kohler-Koch* und *Quittkat* gehen der Frage nach, inwieweit die Beteiligung von ZGOs am ‚EU policy-making‘ zur Demokratisierung von EU-Governance – wohlweislich nicht der Europäischen Union als ganzer – beitragen kann. Zunächst wird hierbei das in der Forschung umstrittene, weil normativ hochgradig aufgeladene Konzept der organisierten Zivilgesellschaft und deren Rolle in westlichen Demokratien genauso diskutiert wie die Geschichte unterschiedlicher Konsultationsregime der Europäischen Kommission herausgearbeitet wird. Die Fokussierung auf

die Kommission, die das gesamte Forschungsprojekt durchzieht, wird mit deren herausragender Bedeutung für die Einbindung von ZGOs in das politische System der Europäischen Union und als Adressat politischer Lobbyaktivitäten begründet. Anschließend gehen die Autorinnen auf unterschiedliche Aspekte des aktuellen, partizipativen Konsultationsregimes der Kommission ein, insbesondere auf die neuerdings in Mode gekommenen Online-Konsultationen. Genauso beleuchtet werden die Spannung, die sich für involvierte ZGOs zwischen dem Zwang zur Professionalisierung einerseits und dem notwendigen Rückbezug auf ihre Basis andererseits ergeben sowie der Beitrag, den ZGOs zur Veröffentlichung europäischer Politik im nationalen Kontext leisten. Theoretisch leitend ist dabei die Frage, inwieweit ZGOs zu Inklusivität, Gleichheit und Effektivität der politischen Teilnahme sowie Öffentlichkeit beitragen, welche als Kriterien für die demokratische Qualität von Regieren auch für ZGOs bestimmt werden.

Die Ergebnisse und deren Einordnung durch den Forschungsverbund fallen durchgehend kritisch bis negativ aus. Bei Online-Konsultationen „dominieren entgegen der in diese Instrumente gesetzten Erwartungen die Wirtschaftsinteressen“⁵ sowie die ökonomisch starken Mitgliedstaaten, auch blieben sie oft intransparent und nötigten die Kommission zudem nicht zur Rechenschaftspflicht, weshalb die Kommission noch weit davon entfernt sei, „mit diesem neuen Instrument ihre Ziele von Inklusivität und gleichgewichtiger Repräsentation zu erreichen“.⁶ Der Druck zur Professionalisierung, um in Brüssel überhaupt Gehör zu finden, vertrage sich schlecht mit einer engen Anbindung an die konstituierende Basis. Vorherrschend seien Brüsseler Verbandsexperten, die zumeist keine eigene Erfahrung an

3 Beate Kohler-Koch/Christine Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie. Zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance, Frankfurt/Main 2011.

4 Ulrike Liebert/Hans-Jörg Trencz (Hrsg.): The New Politics of European Civil Society, London/New York 2011.

5 Christine Quittkat: Die Konsultationspolitik der Kommission in der Praxis: eine Tiefenanalyse, in: Kohler-Koch/Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie, 2011, S. 98-124, hier S. 121.

6 Christine Quittkat: Neue Medien im Dienste der Demokratie? Der zivilgesellschaftliche Gewinn von Online-Konsultationen, in: Kohler-Koch/Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie, 2011, S. 125-166, hier S. 165.

der Basis hätten, während letzterer die zeitlichen und personellen Ressourcen für eine sinnvolle Beteiligung fehlten, weshalb „Basisnähe und demokratische Partizipation“⁷ nicht erreicht würden. Schließlich sei der Beitrag der ZGOs zu einer diskursiven nationalen Öffentlichkeit über laufende EU-Gesetzgebungsprozesse verschwindend gering wenngleich mit bedeutenden nationalen Unterschieden, was nicht nur den ZGOs selbst, die sich kaum für eine breitere mediale Öffentlichkeit ihrer EU-bezogenen Aktivitäten einsetzten, sondern auch unterschiedlichen nationalen Berichterstattungskulturen zugeschrieben wird. Die Autorinnen schließen daher insgesamt, dass sich das partizipatorische Konsultationsregime der Kommission „nur zum Teil durchgesetzt“⁸ hat und die „Verbesserung der Legitimität durch effiziente Politik im Vordergrund“⁹ stehe. Mit anderen Worten: „Die hohen Erwartungen, die in die europäische Zivilgesellschaft gesetzt worden sind, erweisen sich bei näherem Hinsehen als trügerisch“.¹⁰

In dem vorliegenden Band wurden leider die theoretischen Überlegungen des Projektes weitgehend ausgeklammert – sie wurden in einer anderen Monographie veröffentlicht,¹¹ weshalb für eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Projekt eigentlich beide Bände gelesen werden müssen. Die vergleichsweise geringen theoretischen Ausführungen finden sich zudem erstaunlicherweise erst im letzten Kapitel des Buches, wodurch auch die eigene ontologische Verortung in den drei eingangs skizzierten Modellen des politischen Systems der Europäischen Union bis zum letzten Kapitel weitgehend unklar bleibt.

Ähnlich sparsam und mit dem vorherigen Punkt zusammenhängend ist der Umgang mit Ausführungen zur verwandten Methodologie. Während dieses Vorgehen einerseits die potenzielle Leserschaft vergrößern kann, bleibt doch manchmal eher offen, aufgrund welches Forschungsdesigns welche Methodologie verwendet wurde und wie letztere in welche Methoden der empirischen Forschung umgesetzt wurde. Bedauernd ist in diesem Kontext, dass qualitative Interviews mit involvierten Akteuren anscheinend nur als zusätzliches, allerdings nicht systematisch verwendetes Material erhoben wurden. Insoweit in dem Forschungsprojekt auch die deliberative Qualität politischer Prozesse evaluiert werden sollte, hätte qualitativen Methoden sicherlich ein größerer Raum eingeräumt werden können, wenngleich der Band von Hüller¹² weitgehend auf qualitativen Daten beruht. Schließlich, und das ist für eine Monografie sicherlich ungewöhnlich, behandeln die empirischen Kapitel unterschiedliche Fälle. Während dies einerseits Einblicke in eine größere Anzahl an Konsultationsprozessen ermöglicht, wird nicht hinreichend dargelegt, inwiefern die Auswahl aller behandelten Fälle für die Beantwortung der Fragestellung notwendig war und theoretisch an sie rückgekoppelt ist – wie angedeutet befindet sich das Gros der theoretischen Überlegungen im Band von Hüller.¹³ Zusammengefasst besteht die hauptsächliche Schwierigkeit bei der Lektüre dieses Bandes darin, dass die Projektergebnisse in zwei Monografien veröffentlicht wurden, weshalb beide eigentlich zusammengelesen werden müssen (den Rezensenten lag der Band von Hüller vor).

7 Beate Kohler-Koch/Vanessa Buth: Der Spagat der europäischen Zivilgesellschaft – zwischen Professionalität und Bürgernähe, in: Kohler-Koch/Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie, 2011, S. 167-210, hier S. 210.

8 Christine Quittkat/Beate Kohler-Koch: Die Öffnung der europäischen Politik für die Zivilgesellschaft – das Konsultationsregime der Europäischen Kommission, in: Kohler-Koch/Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie, 2011, S. 74-97, hier S. 96.

9 Ebenda, S. 97.

10 Beate Kohler-Koch: Die vielen Gesichter der europäischen Zivilgesellschaft, in: Kohler-Koch/Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie, 2011, S. 48-73, hier S. 72.

11 Thorsten Hüller: Demokratie und Sozialregulierung in Europa. Die Online-Konsultationen der EU-Kommission, Frankfurt/Main 2010.

12 Ebenda.

13 Ebenda.

Diesen Mängeln stehen bedeutende Vorteile gegenüber. So wurde im Rahmen des Projekts eine beeindruckende Menge an Daten zu einzelnen Aspekten des Konsultationsregimes der europäischen Kommission erhoben, in relevanten wie informativen Datenbanken dargestellt und im Band abgedruckt, die für weitere Forschung genutzt werden können und sollten. Die wesentliche Leistung des Projektverbundes besteht allerdings darin, die theoretischen Erwartungen deliberativer und partizipativer Demokratietheorie mit Blick auf ‚EU policy-making‘ weitestgehend überzeugend empirisch entzaubert zu haben. Wie Kohler-Koch und Quittkat zeigen, hat es zu keinem Zeitpunkt eine kohärente Strategie zur Umsetzung partizipativer Demokratie auf EU-Ebene gegeben. Empirisch bleibt die Einbeziehung von ZGOs deutlich hinter der Demokratierhetorik der Kommission zurück. Vielmehr geht es ihr um effizientes Regieren und, wie abschließend argumentiert wird, um die eigene Kompetenzerweiterung. Völlig zu Recht weist Kohler-Koch in ihrem abschließenden Kapitel¹⁴ darauf hin, dass ein Dilemma zivilgesellschaftlicher Partizipation in der Europäischen Union darin bestehe, dass seine Protagonisten – die ZGOs – durch ihre Beteiligung am ‚EU policy-making‘ – der Kompetenzerweiterung der Kommission Vorschub leisteten. Dies allerdings ist aus demokratietheoretischer Perspektive mehr als problematisch, ist doch die Kommission selbst nicht eben demokratisch legitimiert. Vor allem aber ist es zu begrüßen, dass der vorliegende Band das Paradigma zivilgesellschaftlicher Partizipation in der Europäischen Union in seine Schranken gewiesen hat. Dass dies zudem in deutscher Sprache realisiert wurde und somit diese demokratietheoretisch hoch relevante Diskussion, die zumeist in englischer Sprache geführt wird, einer breiten deutschen

Leserschaft zugänglich gemacht wurde, ist besonders erfreulich.

In ihrem Sammelband „The New Politics of European Civil Society“¹⁵ gelang es den Herausgebern *Ulrike Liebert* und *Hans-Jörg Trenz*, nicht nur wesentliche Autor/innen zusammenzubringen, die in den vergangenen Jahren zum Thema Zivilgesellschaft in Europa prominent publiziert haben, sondern durch diese Auswahl auch Erkenntnisse wesentlicher europäischer Forschungsverbände zu integrieren, die sich alle unter anderem auch mit der Frage der europäischen Zivilgesellschaft beschäftigt haben, vor allem CONNEX,¹⁶ Civ-Gov¹⁷ und RECON.¹⁸ Zudem zeichnet sich der Sammelband dadurch aus, dass er unterschiedliche (sozial-)wissenschaftliche Disziplinen versammelt, vor allem Politikwissenschaft und Soziologie, aber auch Jurisprudenz.

Selbstgestecktes Kernziel des Bandes ist es, so Liebert und Trenz in der informativen Einleitung, die verschiedenen disziplinären Forschungszweige zusammenzubringen, um dadurch eine Konsolidierung der weit verzweigten Forschungslandschaft zu erreichen und eine Integration unter dem Label „New Politics of European Civil Society“ anzuregen. Zu diesem Zwecke gliedern Liebert und Trenz den Band in drei Teile: Der erste Teil soll die konzeptionellen Erkenntnisse über Zivilgesellschaft in Europa bündeln. Der zweite Teil soll die normativen Wiederbewertungen des Konzepts erfassen. Der dritte Teil soll wesentliche empirisch bearbeitete Themen abdecken. Der Band schließt mit einem lesenswerten Nachwort von Andrew Arato.¹⁹ Alle Beiträge des ersten und zweiten Teils sowie das Kapitel von Carlo Ruzza sind bereits im Jahr 2009 im ersten Heft der Zeitschrift *Policy & Society* erschie-

14 Beate Kohler-Koch: Zivilgesellschaftliche Partizipation: Zugewinn an Demokratie oder Pluralisierung der europäischen Lobby?, in: Kohler-Koch/Quittkat: Die Entzauberung partizipativer Demokratie, 2011, S. 241-271.

15 Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011.

16 Network of Excellence CONNEX („connecting Excellence on European Governance“), Florenz.

17 Organised Civil Society and European Governance, Trento.

18 Reconstituting Democracy in Europe, Oslo.

19 Andrew Arato: Afterword: revis(it)ing civil society, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 195-207.

nen. Das heißt die konzeptionell angelegten Beiträge waren bereits veröffentlicht, während die empirisch orientierten Beiträge für diesen Band erarbeitet worden sind. Wir werden die drei Teile des Sammelbandes nur in gebotener Kürze vorstellen können, um diskutieren zu können, ob das selbstgesteckte Ziel von Liebert und Trenz erreicht worden ist.

Im ersten Teil werden, durchaus komplementär zu lesen, zum einen die ‚claims‘ von Wissenschaftler/innen über deren Zivilgesellschaftsbegriffe empirisch herausgearbeitet und typologisiert;²⁰ zum zweiten werden die unterschiedlichen ‚claims‘ derjenigen, die behaupten, Zivilgesellschaft zu sein, durch Klaus Eder einem analytischen Dreischritt zugeführt (,imagined, practised, staged‘). Auf diese Weise wird von Eder eine Möglichkeit geschaffen, die Entstehung einer (europäischen) Zivilgesellschaft begrifflich fassbar und beobachtbar zu machen.²¹ Bei aller Unterschiedlichkeit weisen beide Beiträge darauf hin, dass Zivilgesellschaft nichts objektiv Gegebenes ist, sondern ein Resultat von unterschiedlichen Praktiken konkreter Akteure in spezifischen räumlichen und zeitlichen Kontexten.

Im zweiten Teil, den normativen Wiederbewertungen, wird diese konstruktivistische Sichtweise in Kohler-Kochs Beitrag weitergeführt. Sie zeigt eindrücklich, dass sich die Realität der europäischen beziehungsweise EU-Zivilgesellschaft in drei unterschiedlichen Wel-

ten befindet, einer Welt der Betonung gesellschaftlicher Selbstorganisation aus liberaler Sicht, einer funktional-technokratischen Governance-Perspektive sowie einem Blick, der die Entstehung einer sozialen Gemeinschaft in Europa beobachten möchte.²² Den EU-Fokus dieses Teils noch schärfend diskutiert Stijn Smismans die unterschiedlichen Wurzeln des Zivilgesellschafts- und Bürgergesellschaftskonzepts im offiziellen Diskurs der EU-Institutionen. Er zeigt, dass sich mit dem Vertrag von Lissabon beide Konzepte verbinden, indem die (organisierte) Zivilgesellschaft einen Ausdruck der Praktiken europäischer Staatsbürger darstellt.²³

Im dritten Teil sind fünf zum Teil recht unterschiedliche, empirisch orientierte Beiträge versammelt. Der Bogen wird gespannt von einem der zeithistorisch eindrücklichsten Beispiele einer europäischen Zivilgesellschaft (der Gewerkschaftsbewegung im sozialistischen Polen)²⁴ und die Einbindung von osteuropäischen Gewerkschaften in der heutigen Europäischen Union,²⁵ über den Beitrag organisierter Zivilgesellschaft zur Konstruktion einer europäischen sozialen Identität,²⁶ den unterschiedlichen Positionen zivilgesellschaftlicher Organisationen im gescheiterten EU-Verfassungsprozess²⁷ bis hin zu dem oft vernachlässigten Thema, dass Zivilgesellschaft auch eine ‚dunkle‘ Seite der antidemokratischen, europafeindlichen Stimmen besitzt.²⁸

20 Beate Kohler-Koch/Christine Quittkat: What is ‘civil society’ and who represents it in the European Union?, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 19-39.

21 Klaus Eder: The making of a European civil society: ‘imagined’, ‘practised’ and ‘staged’, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 40-54.

22 Beate Kohler-Koch: The three worlds of ‘European civil society’: different images of Europe and different roles for civil society, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 57-72.

23 Stijn Smismans: European civil society and citizenship: complementary or exclusionary concepts?, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 73-92.

24 David Ost: The decline of civil society after ‘post-communism’, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 163-177.

25 Heiko Pleines: Challenges of integration and participation: civil society organizations from new member states in EU governance, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 178-194.

26 Hans-Jörg Trenz/Nadine Bernhard/Erik Jentges: Civil society and EU constitution making: towards a European social constituency, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 123-142.

27 Ulrike Liebert: Exit, voice or loyalty? The new politics of European civil society, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 95-122.

28 Carlo Ruzza: Identifying uncivil society in Europe: towards a ‘new politics of the enemy’?, in: Liebert/Trenz: *The New Politics of European Civil Society*, 2011, S. 143-162.

Den avisierten Charakter einer Forschungskonsolidierung kann ein Sammelband auf zwei Wegen erreichen: entweder mittels einer Zusammenfassung der zentralen wissenschaftlichen Debatten wie in einem Handbuch oder durch die Zusammenführung wesentlicher Beiträge in diesem Feld unter einem gemeinsamen konzeptionellen Dach. Der zweite Weg bedarf einer größeren Anstrengung seitens der Herausgeber, da diese in der Auswahl der Beitragenden stärker unter Rechtfertigungsdruck stehen sowie einen analytischen Rahmen bieten müssen, der die Zusammenstellung auch konzeptionell plausibel erscheinen lässt. Der vorliegende Band versucht, den zweiten Weg zu beschreiten.

Ist es dem Band gelungen, die einzelnen Beiträge unter einem gemeinsamen konzeptionellen Dach zu vereinen und somit einen wesentlichen Beitrag zu einer Konsolidierung der Forschungslandschaft zu leisten? Um die Bewertung voran zu schicken: Dies gelingt nur zum Teil. Die einzelnen Beiträge haben zusammen eher den Charakter eines interdisziplinär angelegten Handbuchs denn einer konzeptionell begründeten Zusammenstellung. Dies ist nicht per se verwerflich, im Gegenteil. Durch die Lektüre dieses Bandes bekommen soziologische Forscher/innen einen fundierten Einblick in zentrale politikwissenschaftliche Debatten zum gemeinsamen Thema und vice versa (die juristische Seite ist allerdings nur schwach ausgeprägt, durch den Beitrag von Smismans, der allerdings kaum klassischen juristischen Texten gleicht²⁹). Damit wird es den Leser/innen ermöglicht, die Grenzen der eigenen Forschungsperspektive zu erkennen und von einer Öffnung zu profitieren. In diesem Sinn leistet der vorliegende Band eine wertvolle Übersicht des Forschungsfeldes.

Erheblich weniger überzeugend ist der Versuch des Bandes, mit den „New Politics of European Civil Society“ eine gemeinsame, konzeptionell und analytisch gehaltvolle Formel zu finden, die die unterschiedlichen For-

schungsperspektiven und -gegenstände subsumieren könnte. Weder wurde systematisch geklärt, was mit ‚European‘ gemeint ist, noch ist der Begriff der Zivilgesellschaft überzeugend synthetisiert worden.

Zum Begriff des Europäischen: Weite Teile des Bandes lesen sich wie ein auf die Brüsseler Ebene fokussiertes Buch. Aber die Beiträge von Klaus Eder, Carlo Ruzza, Heiko Ost und Andrew Arato, und zum Teil auch die Einleitung selbst, weisen deutlich über EU-Europa hinaus. Es ist bedauerlich, dass der Band hier keine klare Differenzierung vornimmt jenseits des etwas wolkigen Hinweises, dass Zivilgesellschaft in Europa über mehrere Ebenen hinweg gedacht werden muss.

Zum Konzept der Zivilgesellschaft: Indem dieses Konzept mit dem Begriff ‚politics‘ verbunden wird, heben Liebert und Trenz dessen politischen Charakter hervor. Zivilgesellschaft wäre, in diesem Sinne – darauf weist auch Arato in seinem Nachwort hin – ein genuin politisches Konzept welches auf den performativen Akt, die Praxis von Akteuren mit politischen Absichten deutet. Zivilgesellschaft wäre somit weder (nur) ein normatives, meist demokratietheoretisch als wertvoll erachtetes Konzept, noch ein funktionales Konzept aus einer Governance-Perspektive heraus, sondern ein Produkt der Praxis von Personen und sozialen Bewegungen mit der Absicht, mittels Institutionalisierung, politische Relevanz zu erlangen. Obwohl die Herausgeber/innen den Praxis- und den ‚politics‘-Begriff in ihrer Einleitung eng verzahnen, wird deren Beziehung leider nicht konzeptionell diskutiert. Ein politisches Verständnis von Zivilgesellschaft hätte das Potenzial, die unterschiedlichen Beiträge zu subsumieren und gleichzeitig zu kritisieren. Es würde die Praxis von Gewerkschaften in Osteuropa genauso umfassen wie die demokratie- und europafeindliche ‚uncivil society‘ in Europa, auf die Ruzza hinweist. Es würde genauso die Governance-Perspektive wie auch den normativen Optimismus berücksichtigen,

29 Smismans: *European civil society and citizenship*, 2011.

die sich beide oft in den unmittelbar EU-bezogenen Beiträgen wiederfinden. Aber weder greifen die Autor/innen dieses politische Verständnis von Zivilgesellschaft in ihren Beiträgen auf (die bereits veröffentlichten Artikel hätten ja dementsprechend ergänzt werden können) noch gelingt es den Herausgeber/innen, in der Einleitung und ihren jeweiligen Buchkapiteln, dieses Verständnis präzise auszuformulieren. Der Praxisbegriff wird somit leider weder systematisch entwickelt noch auf seine Beziehung zu Normativität oder seine Funktionalität hin diskutiert.

Somit bietet der vorliegende Band für informierten Leser/innen zwar eine sehr anregende, disziplinäre Grenzen überschreitende Lektüre, es gelingt aber nicht, die interdisziplinäre Forschung zu Zivilgesellschaft in Europa durch eine gemeinsame Sprache (und ein gemeinsames analytisches Dach) zu konsolidieren. Nichtsdestotrotz ist der vorliegende Band allen, die sich für das Thema der Zivilgesellschaft in Europa interessieren, zu empfehlen – und solch ein Votum kann durchaus nicht über alle Sammelbände getroffen werden.



Aktuelle Rechtsfragen der Tabakregulierung in Europa

Zur Zulässigkeit einer Tabakregulierung aus europarechtlicher, grundrechtlicher und markenrechtlicher Perspektive

Von Eckhard Pache, Kyriell-A. Schwarz und Olaf Sosnitz

2012, 163 S., brosch., 56,- €

ISBN 978-3-8329-7199-1

(IUS EUROPAEUM, Bd. 53)

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14441



Nomos